



Presseschau vom 12.08.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

de.sputniknews.com: Worauf Poroschenko bei Präsidentschaftswahl Fokus setzen wird – Medien

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko plant, für eine neue Amtsdauer wiedergewählt zu werden. In seiner Wahlkampagne wird er den Fokus auf den EU-Beitritt seines Landes legen. Das berichtet die ukrainische Online-Zeitung „Ukrajinska Prawda“ am Freitag unter Hinweis auf Quellen aus dem unmittelbaren Umkreis des ukrainischen Staatschefs.

Nach Informationen der Online-Zeitung ist Poroschenko überzeugt davon, dass Kiew eine Möglichkeit erhalten wird, die Mitgliedschaft zur EU mit gutem Grund zu beantragen.

Darüber habe der ukrainische Präsident mit seinem Umfeld gesprochen. „Als wir uns diese Aufgaben angehört haben, schienen sie uns völlig real. Erinnern Sie sich, schon im vergangenen Jahr glaubte niemand daran, dass wir ein visafreies Regime mit der EU haben werden. Aber es existiert. Poroschenko glaubt, dass der EU-Beitritt der Ukraine real ist“, zitiert „Ukrajinska Prawda“ die Quelle.

Die Präsidentschaftswahl in der Ukraine soll am 31. März 2019 stattfinden.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31433/33/314333356.jpg>

de.sputniknews.com: USA erwägen Antwort auf Moskaus Maßnahmen gegen US-Diplomaten – Weißes Haus

Washington prüft Moskaus Handlungen bezüglich der amerikanischen Diplomaten und deren Eigentum, hält sie für unangemessen und zieht alle Antwortmöglichkeiten in Betracht. Das hat ein Vertreter des US-Sicherheitsrats am Freitag in einem Interview für RIA Novosti gesagt.

„Wir nehmen alle unbegründeten Maßnahmen seitens Moskau gegen unsere Diplomaten und das diplomatische Eigentum ernst und erwägen Varianten unserer Antwort“, so der Vertreter des US-Sicherheitsrats.

Am Freitag hatte die russische Zeitung „Kommersant“ unter Berufung auf diplomatische Quellen berichtet, die US-Regierung könne von Russland fordern, eines von insgesamt vier Generalkonsulaten in den USA zu schließen. Die Entscheidung könne bis zum 1. September bekanntgegeben werden. Welcher russischen Botschaft nun die Schließung drohe, erwähnte „Kommersant“ allerdings nicht.

Zuvor hatte der russische Präsident Wladimir Putin erklärt, dass insgesamt 755 Mitarbeiter der diplomatischen Missionen der USA Russland verlassen müssen. Damit sinkt deren Zahl auf 455 – das entspricht der Zahl der russischen Diplomaten in den Vereinigten Staaten. Zudem untersagte Russland den USA die Nutzung von Lagerräumen in Moskau und eines Ferienhauses in Serebrjany Bor in Moskau. Wie Putin weiter betonte, haben die USA einen durch nichts provozierten Schritt zur Verschlechterung der Beziehungen zu Moskau unternommen. Zugleich sagte der Präsident, er unterstütze keine Einschränkungen der Zusammenarbeit, die für die USA „spürbar“ wären.

Vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **neunmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen, in der Folge eines der Beschüsse wurde **ein Soldat der LVR verletzt**. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Nishneje Losowoje, Frunse, Wesjolaja Gora, Kalinowo, Donezkij, Shelobok**. Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern und Schusswaffen.

Durch Mörserbeschuss wurde bei Nishneje Losowoje ein Soldat der LVR verletzt. Zerstörungen von Gebäuden und Verletzte unter der Zivilbevölkerung gibt es nicht.

de.sputniknews.com: Reaktion auf Ausweisung der US-Diplomaten: Trump setzt Deadline
US-Präsident Donald Trump hat bestätigt, dass Washington noch bis zum 1. September Gegenmaßnahmen zur Ausweisung der US-Diplomaten aus Russland beschließen wird. „Ich habe gerade mit dem Außenminister (Rex Tillerson — Anm. d. Red.) gesprochen. Und wir reden davon, dass wir unsere Antwort bis zum 1. September formulieren werden“, sagte Trump nach einem Treffen mit Tillerson, der US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Nikki Haley, und dem Nationalen Sicherheitsberater Herbert McMaster in New Jersey. Am vergangenen Wochenende hatte Tillerson nach einem Treffen mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow in Manila bereits angekündigt, dass die USA Gegenmaßnahmen bis zum 1. September bestimmen würden....

de.sputniknews.com: Amerika von russischem Unkraut überschwemmt: Botaniker aus Russland mobilisiert
Amerika ist plötzlich von Unkrautpflanzen „überschwemmt“ worden, die eigentlich für Russland typisch sind. Die Amerikaner müssen sogar russische Botaniker anstellen, die gegen Kamillen, Flockenblumen und andere Arten von „Biowaffen“ kämpfen. Wie die Expertin der Pflanzenabteilung des Moskauer Botanischen Gartens „Nikolai Zizin“, Julia Winogradowa, mitteilte, hat eine Delegation russischer Wissenschaftler in diesem Sommer drei Nationalparks in den USA besucht, wo sie sich mit der Ausrottung von Unkraut befassen.
Diese Expeditionen finden bereits seit fünf Jahren statt. „Wir kommen, besuchen den jeweiligen Nationalpark, erforschen die dortige Flora und finden diese oder jene Besonderheiten heraus, warum diese Pflanzen dort wachsen“, so Winogradowa. „Wenn uns etwas gefällt, bitten wir, dass man uns Keime oder Samen dieser oder jener Pflanzen für unseren botanischen Garten bereitstellt.“
In diesem Jahr besuchten die russischen Botaniker drei Nationalparks im nördlichen Teil der Rocky Mountains: Grand Teton, Yellowstone und Glacier. Winogradowa zufolge wurde diese Reise zu einer richtigen Mission zur Rettung der amerikanischen Natur vor Flockenblumen und Kamillen. „Da wir gerade zum Zeitpunkt des Jätens gekommen waren, wurden wir eingeladen, daran teilzunehmen“, betonte sie.
Das Problem ist, dass das aus Russland stammende Unkraut die traditionellen amerikanischen Pflanzen „eindämmt“, was unter den Biologen in Übersee eine richtige Panik auslöste. Viele Pflanzen gehören zu so genannten invasiven Arten, die sich nicht ohne menschliche Hilfe verbreiten und die Vielfalt der amerikanischen Pflanzenwelt gefährden.
Erste europäische Pflanzen wurden noch zu Zeiten der Erschließung des Wilden Westens in die Rocky Mountains gebracht: Umsiedler hatten diverse Gemüsesamen bei sich, mit denen aber auch verschiedene Unkrautarten nach Amerika kamen. Jetzt gibt es Experten zufolge deutlich mehr Möglichkeiten für die Verbreitung von invasiven Pflanzen, nicht zuletzt wegen der Entwicklung des Tourismus und auch wegen der Migration. Dabei ergreift die Leitung der US-amerikanischen Nationalparks keine Vorsichtsmaßnahmen, wobei bei den Besuchern die Anwesenheit von „unerwünschten“ Samen gecheckt werden könnte.
Manche Pflanzen wurden mit Absicht nach Amerika eingeführt: beispielsweise die Trespen, die inzwischen auf 80 Prozent des Territoriums der Great Plains wachsen und einst als

Viehfutter dienen sollten. Jetzt aber lässt sich die Pflanzenart nicht mehr ausrotten: Sie wächst sogar auf Geysiren, wo Erdtemperaturen von bis zu 80 Grad herrschen.

Dank russischen Botanikern wurde die amerikanische Natur aber bereits vor Pflanzen wie beispielsweise Blutweiderichen gerettet. Wie sie in die Neue Welt gebracht wurden, ist unbekannt. Aber ihre Ausrottung hat insgesamt fast 15 Jahre in Anspruch genommen: Es musste nämlich eine gewisse schädliche Insektenart ermittelt werden, die alle Sprösslinge und Wurzeln dieser Pflanzen auffrisst. Aber einzelne Exemplare der Blutweideriche kommen immer noch vor, also kann man nicht hundertprozentig sicher sein, dass es diese Pflanzen in Amerika nicht mehr gibt.

Auch *Rhaponticum repens* gilt in 18 US-Bundesstaaten nahezu als „Naturkatastrophe“. Die Überlebenskraft dieses Unkrauts beläuft sich auf Jahrzehnte, es verdrängt wertvolle Futterpflanzen und ist zudem sehr giftig für Pferde. Es ist äußerst schwer, diesen „Einwanderer“ zu bezwingen.

„Nach Angaben des US-Landwirtschaftsministeriums und der Universität von Montana unterscheidet sich jede einzelne Population von *Rhaponticum repens* genetisch von den anderen, und deshalb ist es unklar, wie es auszurotten wäre“, so Expertin Winogradowa weiter.

US-amerikanische Botaniker schlagen vor, bestimmte Fliegen- und Wurmarten gegen diese Pflanzen einzusetzen, aber ihre russischen Kollegen sind gegen solche Methoden, denn später könnten die Insekten auch Nutzpflanzen vernichten.

Botaniker sagen, dass es auch in Russland ein ähnliches Problem mit aus Amerika gebrachten Pflanzen gebe. Allerdings sei der Anteil der russischen Pflanzenarten in den USA größer als der der amerikanischen in Russland – etwa 80 gegen 60 Prozent, präzisierte Winogradowa. Die Spezialisten bedauern, dass in Russland – im Unterschied zu den USA – das Jäten von invasiven Pflanzen in Naturparks verboten ist. Zwar werden Schadpflanzen wie Bärenklau trotzdem vernichtet, aber rein formell ist das immer ein Verstoß gegen das Gesetz.

Lug-info.com: Beim Beschuss von *Wesjolaja Gora* heute Morgen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurde ein Einwohner leicht verletzt. Dies teilte der Pressedienst der Volksmiliz der LVR mit.

„Zwei Gebäude in der Schewtschenko-Straße wurden beschädigt. Nach vorläufigen Informationen wurde ein Mann leicht verletzt“, teilte die Behörde mit.

Es wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte in Stschastje aus geschossen.

de.sputniknews.com: Moskau zu angeblichem Druck auf ausländische Journalisten Russlands Außenministerium hat einen Bericht der Zeitung „The Washington Post“ über den Druck, den die russische Regierung angeblich auf ausländische Journalisten ausübt, als unglaubwürdig verurteilt.

„Derartige ausgedachte Vorwürfe überlassen wir dem Gewissen dieser Zeitung“, so die Mitteilung der russischen Außenbehörde, die online veröffentlicht wurde.

Damit reagiert die Behörde auf den Artikel „Wie arbeiten und leben Journalisten in Russland zu den Zeiten von D. Trump in Russland?“ vom 6. August. Da wird der WP-Reporter Andrew Roth aus dem Moskauer Büro zitiert. Dieser soll erklärt haben, dass er mehrmals durch Vertreter der russischen Behörden im Zusammenhang mit seiner professionellen Tätigkeit unter Druck gesetzt worden wäre. So soll er 2014 an der russisch-ukrainischen Grenze gestoppt und kontrolliert worden sein, da die Grenzsoldaten die Überquerung der Grenze durch den Journalisten als „verdächtig“ wahrgenommen und ihn gewarnt haben sollen, ihm womöglich die Akkreditierung zu entziehen.

2016 soll ein offizieller Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums Roth angeblich

gewarnt haben, dass seine Teilnahme an Pressereisen auch vom Ton seiner Artikel in der Zeitung abhängen würde. Gleichzeitig habe der Journalist allerdings erklärt, im Großen und Ganzen keine Probleme mit der russischen Regierung gehabt zu haben. Die beschriebenen Ereignisse betrachte er zudem nicht als „die Politik der russischen Regierung“. Im entsprechenden Artikel gebe es eine „fragliche Passage“, hieß es nun aus dem russischen Außenamt. „Die Künstlichkeit derartiger Belege“ für einen angeblichen administrativen Druck sei offensichtlich. Der Autor des Berichts nennt der Behörde zufolge weder Namen, noch Amtsbezeichnungen der Mitarbeiter der russischen Behörden, die ihn angeblich unter Druck gesetzt haben sollen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31351/42/313514290.jpg>

de.sputniknews.com: Trump erwägt militärische US-Einmischung in Venezuela – Caracas antwortet

Die USA sind bereit zu einer militärischen Intervention zur Regelung der Situation in Venezuela, wie US-Präsident Donald Trump äußerte.

„Venezuela ist nicht weit weg und die Menschen dort leiden und sterben, wir haben viele Varianten für Venezuela, darunter auch eine mögliche militärische Alternative, wenn das nötig ist“, so Trump.

Das Pentagon bekam eigenen Angaben zufolge keine Befehle angesichts Venezuelas, ist aber bereit, US-Interessen und Amerikaner zu schützen.

Der venezolanische Verteidigungsminister Vladimir Padrino Lopez bezeichnete Trumps Äußerung als „ein Aberwitz“.

„Das ist der höchste Ausdruck von Extremismus. In den USA regiert eine extremistische Elite“, so Lopez gegenüber dem TV-Sender VTV.

Trump's Worte sind laut dem venezolanischen Minister für Kommunikation und Information, Ernesto Villegas, „eine präzedenzlose Bedrohung für die nationale Souveränität“. Später soll noch ein offizielles Statement von Venezuelas Außenministerium folgen.

Venezuelas Staatschef Nicolás Maduro hatte am Freitag erklärt, die Beziehungen seines Landes zu den USA auf Grundlage von Respekt und Gleichheit wiederherstellen zu wollen. Er beauftragte dazu Außenminister Jorge Arreaza, ein Telefonat mit US-Präsident Donald Trump oder ein persönliches Treffen am Rande der Generaldebatte der UN-Vollversammlung im September in New York zu organisieren.

Ende Juli hatten die USA wegen der umstrittenen Wahl in Venezuela Sanktionen gegen den

Präsidenten Nicolás Maduro verhängt. Wegen der jüngsten Entwicklungen sollen sämtliche Vermögen Maduros in den USA eingefroren und US-Bürgern Geschäfte mit ihm verboten werden.

Am 30. Juli hatten die Bürger Venezuelas über eine verfassungsgebende Versammlung abgestimmt. Präsident Maduro feierte nach Angaben von Reuters den Ausgang der Wahl als Erfolg. Die Opposition und Vertreter anderer Staaten – darunter der USA, Argentiniens und Brasiliens – hatten die Abstimmung boykottiert.

de.sputniknews.com: Ukraine will Grenzschutz à la Europa

Der staatliche Grenzschutzdienst der Ukraine will seine Grenzen nun „nach europäischem Vorbild“ schützen, wie der Chef der Behörde, Pjotr Tsigikal, mitteilte.

„Wir haben vor, unsere Einheiten in den Abteilungen des Grenzschutzdienstes zu stärken, die sich direkt an der Grenzlinie befinden“, sagte er in einem Interview dem ukrainischen Fünften Sender.

Die neuen Grenzposten sollen demzufolge „nach europäischem Vorbild“ geschaffen werden: mit einem Abstand von 15 bis 20 Kilometer voneinander entfernt, statt bisher zwischen 30 und 100 Kilometer.

Besondere Aufmerksamkeit wird laut Tsigikal fast der ganzen Grenze zu Russland und der zu Transnistrien geschenkt, die er als „ein transnistrisches Segment der moldawischen Grenze“ bezeichnet. „Der Abschnitt mit Weißrussland“ werde „auch gestärkt“.

Zuvor war mitgeteilt worden, dass die Ukraine die Umsetzung ihres Mauerprojekts, auch als „europäische Mauer“ bezeichnet, wegen mangelnder Finanzierung gestoppt habe. Das Projekt sieht den Bau von Gräben und Sonderobjekten an der russisch-ukrainischen Grenze vor. Die Länge der Grenze beträgt mehr als 2.000 Kilometer. Laut Wünschen der ukrainischen Regierung sollte die Mauer die östliche Grenze der Europäischen Union werden.

Armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte 53 Mal das Regime der Feueinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von 19 Ortschaften der Republik mit Artillerie, Mörsern, Panzer, Schützenpanzern, Schützenpanzerwagen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In der Folge von Beschüssen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte gab es folgende Schäden (Stand am 12. August)

in Sachanka, Babenko-Straße 5 geriet ein Haus in Brand.

Zusätzliche Informationen werden ermittelt.

de.sputniknews.com: Syrische Armee erobert letzte IS-Hochburg in Homs

Die syrischen Regierungstruppen haben zusammen mit verbündeten Einheiten die Stadt Al-Suchna in der Provinz Homs vollständig von den Kämpfern der Terrormiliz Islamischer Staat (auch IS, Daesh) befreit. Dies meldet die Agentur RIA Novosti unter Berufung auf eine Quelle vor Ort.

„Die syrische Armee hat die ganze Stadt Al-Suchna, eine der letzten Hochburgen des IS in der Provinz Homs, befreit“, so die Quelle. „Derzeit suchen die Minenräumer in der Stadt nach Sprengstoff und Minen, die die Kämpfer womöglich deponiert haben.“

Der Quelle zufolge hatten die syrischen Truppen die Stadt wenige Tage vor dem endgültigen Sturm komplett eingekesselt.

Die Stadt Al-Suchna war die letzte wichtige Hochburg des IS auf dem Weg der syrischen Armee zu der noch immer belagerten Stadt Deir ez-Zor. Seit mehr als drei Jahren befinden sich die Stadt Deir ez-Zor und der Militärflughafen zwei Kilometer vor der Stadt in einem Kessel der Terroristen. Vor einigen Monaten hatten die IS-Terroristen die Verbindungen zwischen den Soldaten in der Stadt und dem Militärflughafen abgeschnitten. Trotz der

regelmäßigen Angriffe des IS verteidigt sich die Garnison von Deir ez-Zor und führt regelmäßig Gegenangriffe gegen die Terroristen. Die Soldaten und Zivilisten erhalten Lebensmittel und Munition aus der Luft.

Nachmittags:

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

Die ukrainische Seite verstößt in Verletzung aller Vereinbarungen weiterhin gegen den Waffenstillstand, auch unter Verwendung schwerer Waffen.

In Richtung Donezk hat der Gegner Artillerie, Panzer und Mörser verwendet. Auf **elf Ortschaften** und die umliegenden Gebieten wurden zwei Artilleriegeschosse des Kalibers 122mm, drei Panzergeschosse sowie 55 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 91 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen.

In Richtung Mariupol und Gorlowka hat der Gegner neun Panzergeschossen, 42 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm auf **acht Ortschaften** und die umliegenden Gebiete abgeschossen sowie Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

Auf Sachanka wurden von den Positionen des 11. Panzergrenadierbataillons der 59. Panzergrenadierbrigade aus wieder **Leuchtmörsergeschosse nach dem Prinzip von Brandmunition** verwendet. Gestern entstand in der Folge eines solchen Beschusses in der Babenko-Straße ein Brand und ein Wohnhaus wurde teilweise zerstört.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden 53 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Bei der Verteidigung der Republik **starb ein Soldat und einer wurde verletzt**.

Nach uns vorliegenden Informationen bereiten Kämpfer der terroristischen Organisation „Rechter Sektor“ eine **weitere Provokation** gegenüber ukrainischen Soldaten vor, die vermutlich als Beschuss von Seiten der Streitkräfte der DVR dargestellt werden soll, um die Lage in Richtung Gorlowka zu verschärfen.

So bereiten Nationalisten des „Rechten Sektors“, die im Gebiet von Dsershinsk stationiert sind, einen Mörserbeschuss am 24. August, **am Tag der Unabhängigkeit der Ukraine**, auf die Positionen der 128. Gebirgsjägerbrigade der ukrainischen Streitkräfte vor. Im Rahmen der Vorbereitung dieser Provokation verbreiten die Kämpfer Gerüchte über einen in Vorbereitung befindlichen Angriff von Einheiten der Streitkräfte der DVR in Richtung Gorlowka.

Es wurde die Zunahme von nicht kampfbedingten Verlusten in der 72. mechanisierten Brigade im Gebiet von Awdejewka bemerkt. Am 9. August hat ein Soldat dieser Brigade, der sich auf den Positionen befand, zufällig auf den Auslösemechanismus eines Granatwerfers gedrückt. In der Folge wurden drei ukrainische Soldaten verletzt. Wobei solche Fälle von unvorsichtigem Umgang mit der Waffe in dieser Abteilung der 72. Brigade bei weitem keine Einzelfälle sind, vom Bataillonskommando wurde die Entscheidung getroffen, den Untergebenen alle Granaten wegzunehmen, sowohl Handgranaten als auch solche für Granatwerfer.

de.sputniknews.com: Experte zu drei Länder-Lösung für Syrien-Konflikt: Ideal aber höchst unwahrscheinlich

Nach der Einrichtung von Deeskalationszonen in Syrien sollen Einheiten der bewaffneten Opposition in politische Kräfte umgewandelt werden, so der Orientalist Boris Dolgow. Eine Zusammenarbeit zwischen den USA, Russland und der Türkei in Syrien hält der Experte jedoch kaum für möglich.

„Die Anwesenheit von Zehntausenden von bewaffneten Kämpfern in Syrien ist nicht der beste Hintergrund für eine politische Regelung. Die Einrichtung von Deeskalationszonen ist daher wirklich eine wichtige Aufgabe aber das ist eine Aufgabe für die erste Phase“, sagte der Experte des Zentrums für arabische und islamistische Studien bei einem Runden Tisch von Rossiya Segodnya in Moskau.

In der zweiten Phase soll dem Experten zufolge die bewaffnete Opposition in politische Kräfte umgewandelt werden. Erstmals in der Geschichte habe man derartige Verhältnisse in Kolumbien gesehen. Dort habe es eine bewaffnete Gruppierung gegeben, die Jahrzehnte lang gegen die Regierung kämpfte, aber sie sei letztendlich in eine politische Kraft umgewandelt worden. Dabei betonte Dolgow, dass eine solche Variante „ideal“ wäre, aber für Syrien sei sie „noch nicht in Sicht.“

Der Experte sieht die Einrichtung von Deeskalationszonen als positiv, warnt aber vor den Folgen eines solchen Schrittes, sollte der Prozess in die Länge gezogen werden.

„In diesen Zonen bildet sich die Struktur einer lokalen Regierung. Es gibt bereits Gebiete, die von lokalen Gruppen bewacht werden. Das ist eine Enklave, die abgesondert nach eigenen Gesetzen lebt. Sollten diese Zonen lange bestehen, kommt es in Folge zu einer Tendenz der Absonderung dieser Zonen, wenn nicht zu deren Spaltung. Russland ist aber für die Stabilisierung in Syrien und für die Aufrechterhaltung der syrischen Staatlichkeit.“

Eine mögliche Zusammenarbeit zwischen den USA, Russland und der Türkei in Syrien sei laut Dolgow aus zwei Gründen höchst unwahrscheinlich. Erstens hätten alle drei Länder unterschiedliche Interessen im Nahen Osten. Zweitens sind die neuen US-Sanktionen auf eine Konfrontation mit Russland ausgerichtet. Daher könne von einer gemeinsamen Operation zwischen Russland, der Türkei und den USA keine Rede sein, betonte der Experte.

Ende August solle eine weitere Verhandlungsrunde zum Syrien-Friedensprozess in Astana stattfinden.

Am 8. und 9. August haben in Teheran Beratungen von Experten aus Russland, dem Iran und der Türkei stattgefunden – der Garantestaaten für den Verhandlungsprozess in Astana.

Die Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums und der gemäßigten syrischen Opposition hatten am 31. Juli bei ihrem Treffen in Kairo das Funktionieren der dritten Deeskalationszone nördlich der Stadt Homs vereinbart. Die neue Zone besteht aus 84 Ortschaften mit über 147.000 Einwohnern.

Der bewaffnete Konflikt in Syrien dauert seit März 2011. Nach UN-Angaben sind darin bis dato mehr als 220.000 Menschen ums Leben gekommen.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR **bleibt angespannt.**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner neunmal das Regime der Feueinstellung verletzt.

Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten in den Gebieten von **Frunse, Nishneje Losowoje, Wesjolaja Gora, Kalinowo, Donezkij und Shelobok.**

Bei den Beschüssen haben die ukrainischen Streitkräfte Mörser des Kalibers 120 und 82mm und Schusswaffen verwendet. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 64 Mörsergeschosse abgeschossen.

In der Folge des Beschusses wurden ein friedliche **Einwohner und ein Soldat der Volksmiliz der LVR verletzt.**

Die OSZE-Mission erwähnt täglich in ihren Berichten Verletzungen der Minsker Vereinbarungen durch die Kiewer Truppen.

Seit dem 7. August haben die Beobachter das Fehlen folgender Waffen der ukrainischen Streitkräfte in den Lagerorten festgestellt: 9 T-80-Panzer, 21 T-72-Panzer, 18

Antipanzergeschütze MT-12 „Rapira“ und 3 Antipanzergeschütze D-48.

Am Abend des 8. und in der Nacht auf den 9. August wurden im von den ukrainischen

Streitkräften kontrollierten Sewerodonezk in Verletzung der Abzugsgrenzen von der OSZE-Mission 12 Antipanzergeschütze MT-12 „Rapira“ bemerkt.

Die Volksmiliz stellt auch weiterhin Verletzungen der Bedingungen zur Stationierung von Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe der Kontaktlinie fest.

Am südlichen Rand von Katerinowka, auf der Positionen eines Zugstützpunkte der 10.

Brigade der ukrainischen Streitkräfte ist eine Kolonne Militärtechnik mit einem

Schützenpanzer und zwei Fahrzeugen mit Personal eingetroffen.

Die Aufklärung der Volksmiliz beobachtet den Prozess der **Ausrüstung neuer Befestigungen** durch die Kiewer Truppen.

Die zuvor erhaltene Information, dass im Gebiet von Nowotoschkoswkoje ein neuer Zugstützpunkt mit Feuerpostionen einer Mörserbatterie ausgerüstet wird, hat sich bestätigt.

Besonders möchte ich anmerken, dass die ukrainische Seite **keine Maßnahmen zur unbehinderten Bewegung der OSZE-Patrouillen** unternimmt, wie es die Minsker Vereinbarungen fordern.

Wegen Minengefahr oder Vorhandenseins von nicht detonierten Geschossen bleibt die Bewegung der Patrouillen im Norden des Trennungsabschnitt im Gebiet von Solotoje, im Trennungsabschnitt im Gebiet von Staniza Luganskaja sowie im Süden der Brücke bei Stschastje beschränkt.

Wir rufen die ukrainische Seite ein weiteres Mal zur Erfüllung der im Rahmen der Minsker Vereinbarungen übernommenen Verpflichtungen auf.

Die Aufklärung der Volksmiliz beobachtet **Aktivitäten von ukrainischen Diversions- und Erkundungsgruppen entlang der gesamten Kontaktlinie.**

Die Intensität ihrer Arbeit schwankt in verschiedenen Abschnitten, aber man kann keine Richtung hervorheben.

Diese Gruppen befassen sich mit der Aufklärung von Positionen der Kräfte der Republik, führen Provokationen durch, leiten Artillerieschläge und führen den Minenkrieg. Dabei haben wir mehrfach festgestellt, dass Soldaten der ukrainischen Streitkräfte auf eigene Minensperren gerieten. Buchstäblich gestern starb ein Soldat, der versuchte Minen zu verlegen, im Verantwortungsbereich der 53. Brigade.

de.sputniknews.com: Mit Hinblick auf Syrien-Operation: Russische Piloten bekommen andere Ausbildung

Die Kampfausbildung von Piloten der russischen Luft- und Weltraumstreitkräfte ist laut Luftwaffenchef Viktor Bondarew mit Rücksicht auf die Erfahrungen in Syrien verändert worden.

„Wir haben gewisse Veränderungen in den Plänen der Kampfausbildung vorgenommen sowie den Plan der Wehrausbildung von Kursanten geändert“, sagte Bondarew im TV-Sender Rossija 24. „Die Einsatzausbildung in unseren Zentren erfuhr natürlich ebenfalls eine Wandlung – wir üben neue Arten des Erdzielbeschusses.“

Die Operation der russischen Streitkräfte in Syrien habe sowohl positive als auch negative Seiten der Luftwaffentechnik ans Licht gebracht, wobei Russlands Luftwaffe in Syrien „ausgezeichnete Ergebnisse“ erzielt habe. „Unter den Schlägen der russischen Luftstreitkräfte litt kein einziger Zivilist, wir vernichten ausschließlich IS-Banditen“, betonte Bondarew....



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31659/65/316596591.jpg>

ukrinform.ua: Inhaftierter Journalist in Russland: Suschtschenko schreibt Brief an Ukrinform-Kollegen

Der in Russland inhaftierte Mitarbeiter der Nachrichtenagentur Ukrinform, Roman Suschtschenko, hat einen Brief an seine Kollegen geschrieben.

Suschtschenko bedankte sich im Brief bei den Kollegen für ihre menschliche Wärme, Anteilnahme und Hilfe für seine Familie. „Es stehen Monate der Ungewissheit und Erwartung bevor“, schrieb er. Suschtschenko habe im Gefängnis begonnen zu malen und lese Bücher. Jetzt warte er auf das Buch von Yuval Noah Hararis „Homo Deus“.

Der Korrespondent der Nachrichtenagentur Ukrinform in Frankreich, Roman Suschtschenko, war zu einem Privatbesuch nach Moskau gereist und dort am 30. September 2016 festgenommen worden. Am 7. Oktober wurde er wegen Spionage angeklagt. Der russische Geheimdienst FSB erklärte, dass Suschtschenko Mitarbeiter der ukrainischen Militäraufklärung ist. Die Hauptverwaltung für Aufklärung im Verteidigungsministerium der Ukraine dementierte das.

Roman Suschtschenko ist seit 2002 in der Nachrichtenagentur Ukrinform tätig. Seit 2010 ist er der Ukrinform-Korrespondent in Frankreich.

de.sputniknews.com: Syrien: „Russische Piloten brechen dem internationalen Banditentum das Rückgrat“

Russische Piloten stellen in Syrien Ordnung her, äußerte der Chef der russischen Luft- und Weltraumstreitkräfte, Viktor Bondarew.

Demnach unterstützen russische Flieger in Syrien die konstitutionelle Ordnung.

„Dank den russischen Luft- und Weltraumstreitkräften wird dort (in Syrien – Anm. d. Red.) Ordnung hergestellt. Das Rückgrat des internationalen Banditentums wird gebrochen“, sagte Bondarew während der Feier des Tages der Luftstreitkräfte.

Mit viel Mühe und Arbeit machten die russischen Piloten Geschichte und seien der Achtung wert, meinte der Luftwaffenchef und gratulierte den Fliegern zu ihrem Berufsfeiertag....

Lug-info.com: Die Arbeiter von drei Bergwerksvereinigungen, die sich unter äußerer Leitung von „Wneschtorgservis“ befinden, haben einen Tarifvertrag mit der Führung des

Unternehmens abgeschlossen. Dies teilte die Gewerkschaftsföderation der LVR mit. Der Abschluss des Vertrags fand auf einer Konferenz unter Beteiligung von Vertretern der Kollektive der Bergwerksvereinigungen „Krasnodonugol“, „Swerdlowantrazit“ und „Rowenkiantrazit“, der Führung und Vertretern der Filiale Nr. zwei von „Wneschtorgservis“, von Vertretern der territorialen Organisation der Gewerkschaft des Bergleute der LVR statt. „Die Delegierten der Konferenz behandelten den von einer Arbeitsgruppe vorbereiteten Entwurf des Tarifvertrag für 2017 und stimmten einstimmig für die Annahme“, teilte die Gewerkschaftsföderation mit und fügte hinzu, dass das Dokument sozialökonomische Garantien für die Arbeiter der genannten Unternehmen festlegt

„Der heute unterzeichnete Tarifvertrag zwischen der Verwaltung und dem Arbeitskollektiv der Filiale Nr. 2 von „Wneschtorgservis“ bestätigt alle zuvor festgelegten Garantien für die Arbeiter, unter anderem im Bereich des Arbeitsschutzes, der Erholung, der Versorgung mit Haushaltskohle, kultureller Massenarbeit“, sagte der Vorsitzende der Gewerkschaftsföderation Oleg Akimow.

„Es muss gesagt werden, dass die territorialen Gewerkschaftsorganisationen der Bergleute eine sehr große Arbeit geleistet haben, um die Garantien für die Arbeiter beim Übergang der Bergwerke unter äußere Leitung zu verteidigen. Und wir sind der Führung von „Wneschtorgservis“ dankbar, die ihr Versprechen, die Garantien für das Arbeitskollektiv zu erhalten, gehalten hat“ fügte er hinzu.

Der Leiter der Filiale Nr. 2 von „Wneschtorgservis“ Sergej Gorochow unterstrich, dass das genannte Dokument dazu dient, den Arbeitern der Bergwerke von Krasnodon, Serdlowsk und Rowenki würdige Bedingungen für Arbeit und Erholung zu garantieren. Er berichtete, dass die Arbeitsgruppe sich mehrere Monate lang mit der Ausarbeitung des Tarifvertrags befasst hat.

„Unser schlussendliches Ziel ist erreicht – die Frage des komplexen Schutzes der sozialen Garantien für die Werk tätigen juristisch abzuschließen“, sage Gorochow.

Der Vorsitzende der territorialen Gewerkschaftsorganisation der Bergarbeiter er LVR von Rowenki Igor Rjabuschkin fügte hinzu, dass die Arbeit an dem Tarifvertrag sofort nach Einführung der äußeren Leitung begonnen hat.

„Die heutige Unterzeichnung ist die logische Fortsetzung dieser Arbeit. Die Fortsetzung, nicht der Abschluss. Die heute angenommenen Regelungen des Tarifvertrags sind ein Fundament, auf dem wir die weitere Arbeit zum Schutz der sozialökonomischen Garantien der Arbeiter in den Unternehmen der Filiale Nr. 2 von „Wneschtorgservis“ aufbauen werden“, erklärte Rjabuschkin.

Im Verlauf der Konferenz wurde auch die Entscheidung getroffen, die Arbeit an dem Tarifvertrag für die Jahre 2018-2019 fortzusetzen.

de.sputniknews.com: „Schlechtmachen“: Russlands Vizepremier über US-Hauptbestimmung Ihre wichtigste Bestimmung sehen die USA Russlands Vizepremier Dmitri Rogosin zufolge darin, Moskau möglichst zu schaden.

Damit reagierte der russische Vizepremier auf einen Artikel des Ex-CIA-Chefs John McLaughlin in der „New York Times“ (NYT).

„Wenn man nach diesem Material in der NYT urteilt, sehen die Amerikaner ihre Bestimmung darin, uns überall und in allem schlecht zu machen“, schrieb Rogosin auf seinem Twitter-Account.

McLaughlin hatte zuvor einen Artikel unter dem Titel „Wie verhält man sich richtig gegenüber Russland?“ publiziert. Hier erzählt er von seiner Reise nach Russland im Oktober 2016, um „die amerikanisch-russischen Beziehungen unter die Lupe zu nehmen“. Zwar kann Washington dem Ex-CIA-Chef zufolge Russland nicht zwingen, „die Nato vor den eigenen Grenzen zu begrüßen“, dafür könnten die USA aber an der „Festigung der Einheit der Allianz und der Eindämmungsstrategie arbeiten“. Die USA sollen aus seiner Sicht hinter Russland

„keinesfalls zurückstehen und ihm erlauben, auf seine Art und Weise zu handeln“.
McLaughlin betonte, dass derzeit keine Rede davon sei, Russland, wie einst die UdSSR zu zerstören. Seine „stärksten Neigungen“, mit Ausnahme der Bereiche von gegenseitigem Interesse, müssten allerdings unbedingt gebändigt werden. Washington müsse Kiew mit modernsten Abwehrwaffen versorgen, damit es sich „vor den russischen Eroberern“ schützen könnte. Der Druck auf Russland, unter anderem mittels Sanktionen, müsste gleichzeitig erhöht werden.

Dan-news.info: 25 Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR haben Ehrenurkunden für ihren Mut bei der Beseitigung eines Brandes unter Beschuss von ukrainischen Soldaten im Petrowskij-Bezirk von Donezk erhalten. Die Auszeichnung fand heute in der Hauptstadt der Republik statt.

Die festliche Versammlung aus diesem Anlass besuchte der Abgeordnete des Volkssowjets der DVR, Kommandeur einer Einheit der Streitkräfte der Republik Roman Maljutin sowie andere Soldaten.

„Die selbstlose Arbeit der Soldaten des Zivilschutzministeriums gleicht oft einer echten Heldentat. Sie müssen unter Beschuss und unter Einsatz ihres eigenen Lebens Menschen und ihren Besitz retten, Brände löschen und andere Notfallsituation zu beseitigen“, sagte Maljutin zu den Versammelten. „Sie können zu Recht Rettungskräfte genannt werden. In den schwierigsten Situationen, unter Beschüssen kommen sie als erste den Menschen zur Hilfe“. Er überreichte 25 Rettungskräften Ehrenurkunden „Für Mut, selbstlose Arbeit, oft unter Lebensgefahr, einen persönlichen Beitrag zur Schutz der Bevölkerung und zur Beseitigung von Notfallsituationen“. Nach den Worten Maljutins hatte er mehrfach Soldaten des Zivilschutzministeriums im Einsatz gesehen: in frontnahen Bezirken, unter Einsatz ihres Lebens haben sie keinen einzigen Hilferuf außer acht gelassen....

de.sputniknews.com: Lawrow und saudischer Außenminister wollen gemeinsam Nahost-Krisen beilegen

Russlands Außenminister Sergej Lawrow hat bei einem Telefonat mit seinem saudischen Amtskollegen Adel al-Dschubeir nach möglichen Wegen der Regelung der Krisen im Nahen Osten gesucht.

„Die Außenminister Russlands und Saudi-Arabiens haben die aktuellen Fragen der Weiterentwicklung von gegenseitig vorteilhaften russisch-saudischen Beziehungen einschließlich des Plans für entsprechende Kontakte auf verschiedenen Ebenen besprochen“, heißt es in der Mitteilung der russischen Außenbehörde.

Die beiden Minister sollen dabei betont haben, dass die Förderung allseitiger Kontakte im langfristigen Interesse beider Länder sei und der Sicherung des Friedens und der Stabilität auf der regionalen und internationalen Ebene diene.

Lawrow und al-Dschubeir vereinbarten dem russischen Außenministerium zufolge zudem die Fortsetzung des Dialogs über Wege zur Regelung der Krisensituationen im Nahen Osten.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31699/85/316998518.jpg>

de.sputniknews.com: Polen will die Geschichte umschreiben – russische Staatsduma
Laut dem Leiter des Auswärtigen Ausschusses der russischen Staatsduma (Parlamentsunterhaus), Leonid Sluzki, sind die Beschuldigungen seitens des polnischen Außenministers Witold Waszczykowski, dass die Sowjetunion mit Deutschland für die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges verantwortlich ist, ein neuer Versuch, die Geschichte umzuschreiben.

Zuvor hatte Waszczykowski in einem Interview für das polnische Onlineportal Wpolityce erklärt, die Sowjetunion trage ebenso wie Deutschland die Verantwortung für die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges. So kommentierte er die Erklärung des russischen Botschafters in Polen, Sergej Andrejew, dass Polen die Denkmäler für sowjetische Soldaten behalten soll.

„Der polnische Außenminister Witold Waszczykowski hat in seinem Bestreben, das staatliche Sakrileg und die Schändung des Gedenkens an die Kämpfer gegen den Faschismus zu rechtfertigen, einen extremen Grad des politischen Zynismus und der historischen Unkenntnis erreicht. Die Beschuldigungen, dass die Sowjetunion ebenso wie Deutschland den Zweiten Weltkrieg entfesselt hatte, sind ein neuer ruchloser Versuch, die Gesichte umzuschreiben, was die polnischen Politiker heute sehr oft tun“, sagte Sluzki am Samstag gegenüber Journalisten. Er betonte, der Beitrag des sowjetischen Volkes zum Sieg über den Faschismus und zur Befreiung Europas, unter anderem Polens, könnte und sollte nicht angezweifelt werden. „Solche Handlungen und Erklärungen sind empörend und gefährlich, denn sie ermutigen offenbar Revanchisten, die geistige Nachfolger der Nazis sind“, so der Abgeordnete. Sluzki merkte an, die Staatsduma hätte bereits das polnische Gesetz verurteilt, laut dem in Polen Denkmäler für sowjetische Soldaten abgerissen werden sollen.

„Die israelische Knesset war mit uns solidarisch. Hoffentlich werden sich auch die Parlamente der europäischen Länder unserer Position anschließen und die Verhöhnung unseres gemeinsamen historischen Gedächtnisses nicht zulassen“, so Sluzki.

Zuvor hatte der polnische Präsident Andrzej Duda Änderungen am Gesetz zum Verbot der „Kommunismus-Propaganda“ unterzeichnet. Demnach sollen in Polen etwa 500 Denkmäler, die den „Kommunismus rühmen“, abgerissen werden.

Die Parlamente Russlands und Israels vereinbarten beim Moskau-Besuch des Knesset-Vorsitzenden, Juli-Joel Edelstein, gemeinsam gegen die Änderungen am polnischen Gesetz

aufzutreten. Die israelischen Abgeordneten erklärten daraufhin, dass die Schändung von Denkmälern für Holocaust-Opfer und die Soldaten der Roten Armee, die Europa vom Faschismus befreit hätten, von jedem Land der Welt verurteilt werden sollte

abends:

ukrinform.ua: Poroschenko: Armee erhielt fast 16000 Stück Waffen und Technik
Der staatliche Rüstungskonzern „Ukroboronprom“ hat fast 16000 Stück Waffen und Technik an die ukrainische Armee geliefert.

Das gab Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, auf Facebook bekannt.

„Die ukrainische Armee wurde stärker, um fast 16000 Stück Waffen und Technik dank dem Staatlichen Konzern „Ukroboronprom“, schrieb Poroschnenko.

Auf der Webseite des Konzerns wird mitgeteilt, dass die Unternehmen des Konzerns 15903 Stück Waffen und Technik an die ukrainische Armee geliefert hatten. Das geht aus dem Jahresbericht der Geschäftsführung, die im Juli 2014 vom Staatspräsidenten ernannt wurde, hervor. Im Zeitraum von Juli 2014 bis Juli 2017 habe die ukrainische Armee 5281 Stück der neuen und modernisierten Technik, 7164 Stück der reparierten Technik und 3458 Stück Ersatzteile und Aggregate erhalten. Bei der neuen und modernisierten Technik handele es sich vor allem um Raketen und Artilleriewaffen, entsprechend 1061 und 2613 Stück. Das Militär habe auch 1277 Stück der neuen und modernisierten Radare, Anlagen zur elektronischen Kampfführung und Telekommunikationsgeräte, sowie 35 Stück der Luftfahrttechnik und Geräte bekommen